



## Einladung der Ruhrgas AG Vertreterversammlung diskutiert Strukturveränderungen

Essen nimmt mit rund 600.000 Einwohnern den sechsten Platz in der Reihe deutscher Großstädte ein. Bekannt wurde die Ruhrstadt im letzten Jahrhundert durch die größte Montanindustrie des europäischen Kontinents, doch älter als etwa Berlin oder München blickte sie zu dieser Zeit auf eine tausendjährige Geschichte zurück. Im Jahre 1317 wurden erstmals Kohlefunde in der Region Essen registriert. Die Kohle entwickelte sich zum begehrten Wirtschaftsgut, zum schwarzen Gold der Region und mit ihr wurde Essen zum größten Kohle- und Stahlstandort Europas. Die Erfolgsgeschichte der Ruhrgas AG begann 1926 als „Aktiengesellschaft für Kohleverwertung“ in Essen. Vorstand und Vertreterversammlung der BGFW trafen sich auf Einladung der Ruhrgas AG in dieser Stadt, die wie keine andere die Energiewirtschaft Deutschlands geprägt hat.

Die Selbstverwaltungsorgane der BGFW hatten sich mit personellen Veränderungen, mit der Prävention, haushaltsrechtlichen Angelegenheiten und einigem mehr zu befassen.

### Weiterentwicklung der BGFW

Dr. Achim Middelschulte, Mitglied des Vorstandes der Ruhrgas AG und Vorstandsmitglied der BGFW, ging auf die veränderten Strukturen in den Versorgungsunternehmen Deutschlands ein. Zunehmend wachsen die Sparten Gas, Fernwärme, Wasser und Strom, teilweise auch unter Einbeziehung der Abwasserentsorgung zusammen. Die schon vielfach von den Unternehmen gewünschten Organisationsanpassungen

innerhalb der gewerblichen Berufsgenossenschaften waren nur indirekt Gegenstand der Tagesordnungen. Dennoch nahm die Diskussion um die Weiterentwicklung der gesetzlichen Unfallversicherung der Ver- und Entsorgungswirtschaft Deutschlands breiten Raum ein. Es ist aus Sicht der Unternehmen unbefriedigend, dass heute Unter-



nehmen einem Unfallversicherungsträger zugeordnet werden nach einem Muster, das vor mehr als 100 Jahren entwickelt wurde. Die heutige Wirklichkeit in der Versorgungswirtschaft wird von kundenorientiertem Handeln geprägt und erfordert die Bereitstellung von Trinkwasser, allen Energieträgern und der Abwasserentsorgung aus einer Hand. Entsprechend entwickelt sich in den Betrieben die personelle Situation: Spartenübergreifende Tätigkeiten sind heute schon fast die Regel und nicht mehr die Ausnahme.

In vielen Diskussionsbeiträgen wurden die daraus resultierenden Schwierigkeiten in den Unternehmen dargestellt. Die Versicherung der Sparten Gas, Fernwärme, Wasser,

Abwasser und Strom bei einer Berufsgenossenschaft sollte in einem ersten Schritt wenigstens den Unternehmen ermöglicht werden, die davon betroffen sind. Große Bedeutung wurde und wird der branchenbezogenen Präventionsarbeit der Berufsgenossenschaften beigemessen. Die hervorragenden Ergebnisse spiegeln sich in der Unfallstatistik wider. Einer Konstellation, in der die Versorgungswirtschaft aufgrund der Mitglieder- und Versichertenzahlen neben völlig anders gearteten Branchen unbedeutend erscheint, wurde eine klare Absage erteilt.

### Personalien

Branko Rakidzija, bisheriger alternierender Vorstandsvorsitzender der BGFW, hat die Gewerkschaft ver.di verlassen und war darum von seinem Amt als Mitglied des Vorstands zu entbinden. Der ver.di-Bundesvorstand hat als zuständiger Listenträger Erhard Ott als neues ordentliches Vorstandsmitglied vorgeschlagen. Nach erfolgreicher Abwicklung aller Formalitäten im Verlauf der Sitzungen ist Erhard Ott Mitglied des Vorstands der BGFW. Er wurde zum stellv. Vorsitzenden des Vorstands gewählt und wird für das Jahr 2002 den Vorsitz übernehmen.

Erhard Ott gehört dem ver.di-Bundesvorstand an und leitet bei ver.di den Fachbereich Ver- und Entsorgung. Er begann 1978 als Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV und wurde im Dezember 1994 Tarifkoordinator in der ÖTV-Hauptverwaltung und Mitglied im tarifpolitischen Ausschuss des DGB.

### Soziale Sicherheit in Europa

Im Bericht des Vorstands an die Vertreterversammlung stellte der Vorsitzende des Vorstands Gerhard Höper „Neue Methoden der offenen Koordinierung zur Angleichung nationaler Systeme der sozialen Sicherheit in Europa“ vor. Die europäische Kommission verfolgt einen



Plan, der darauf abzielt, in der EU die Qualität der Arbeitsplätze und den Lebensstandard anzuheben. Die neue Strategie beinhaltet ein Benchmarking von Regierungen, Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen auf der Grundlage von Qualitätsindikatoren für einzelne Arbeitsplätze, Arbeitsmärkte und Sozialpolitik. Ziele sind höheres Arbeitsentgelt, höheres Qualifikationsniveau, verbesserter Arbeitsschutz sowie leichter Zugang zu Arbeitsplätzen und



bessere Sozialleistungen. Für die Regierungen bedeutet dies, dass sie in den öffentlichen Ausgaben das Schwergewicht verlagern müssen, von den passiven Sozialtransfers zu aktiven Investitionen.

Wegen der besonderen Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung hat das neue Verfahren dort begonnen. Dass sich der Sozialschutzausschuss der EU demnächst auch mit der gesetzlichen Unfallversicherung befassen wird, ist wegen deren im Vergleich zu anderen Systemen geringeren finanziellen Relevanz eher unwahrscheinlich. Umso wichtiger erscheint es, dass die Modernisierungs-

strategie für die deutsche gesetzliche Unfallversicherung systemstützende Ziele enthält. Das Modernisierungsverfahren bietet die Möglichkeit in der Außendarstellung darauf hinzuweisen, dass gerade das deutsche System mit dem „Alles aus einer Hand“-Verbund den Modernisierungsansprüchen der EG am besten entspricht. Effiziente Prävention ist ein erstrangiges Mittel, Personen in Erwerbstätigkeit zu halten und die Erwerbsquote zu sichern. Sind Arbeits-

unfälle eingetreten, leisten die vielfältigen Maßnahmen der medizinischen und beruflichen Rehabilitation einen erheblichen Beitrag zur Erhaltung oder Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit dieser Personen. Maßnahmen der sozialen Rehabilitation verhindern die soziale Ausgrenzung, deren Bekämpfung ebenfalls ein wesentliches Ziel des Modernisierungskonzepts ist.

### Aktuelle Positionen zum Arbeitsschutz

Die neuen Strategieansätze des BMA für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Deutschland stellte der Hauptgeschäftsführer der BGFW, Axel Apsel, vor. Die beabsichtigte Vereinbarung von branchenbezogenen Arbeitsschutzkonzepten hat zwei Seiten: Einerseits deckt sich die Brancheninitiative mit der BG-Struktur und bietet damit optimale Mitwirkungsmöglichkeiten, auf der anderen Seite könnte die BMA-seitige Einbindung der Sozialpartner zu Gestaltungsverlusten der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften führen. Deshalb wird dieses Thema ausführlich mit der Selbstverwaltung zu erörtern sein.